

# Transformation der Gesellschaft in Brandenburg:

## Sozialer Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft, Demokratie als Lebensform

Policy Brief – Endfassung für die Übergabe an die Landesregierung am 08.01.2024<sup>1</sup>

### 1. Einführung in die Thematik

Unter dem Begriff der Nachhaltigkeit soll hier ein normatives Konzept verstanden werden, das humane Lebensbedingungen sowie den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen für die jetzt lebenden und künftig lebenden Menschen und Gesellschaften weltweit sicherstellen soll<sup>2</sup>. Auf den ersten Blick erscheint die Forderung Nachhaltigkeit als ein primärer Aufgabenbereich der Umwelt- und Klimapolitik, die durch andere Politikfelder bestenfalls angereichert werden kann. Allerdings sind politische Programme zur Nachhaltigkeit nicht ausschließlich auf die Auswirkungen von menschlichen Interventionen auf die natürliche Umwelt incl. Klima begrenzt, sondern haben auch direkte und indirekte Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Menschliche Handlungen – darunter auch Eingriffe in die Natur – sind durch kulturelle und soziale Rahmenbedingungen geprägt und wirken wieder auf natürliche Kreisläufe und Zustände zurück. Dabei lassen sich verschiedene Schnittmengen zwischen der physischen und der kulturellen Welt differenzieren:<sup>3</sup>

- zum Ersten die natürlichen Voraussetzungen des sozialen Handelns (Ressourcen, Energie, Fläche, Klima, Lebensräume);
- zum Zweiten die Folgen menschlichen Verhaltens auf naturgegebene Kreisläufe, Prozesse und Strukturen, einschließlich der Veränderungen innerhalb der Gesellschaft (etwa Gesundheitsbelastungen, wirtschaftliche Gewinne oder Einbußen, Konflikte und deren Austragung);
- zum Dritten die Rückkopplungen dieser Interventionen auf kulturelles Selbstverständnis, soziale Prozesse und gesellschaftliche Strukturen (Politikstil, soziale Ungleichheit, kulturelle Identität);
- zum Vierten die sozialen und kulturellen Grundvoraussetzungen dafür, dass Gesellschaften die notwendige soziale Kohärenz und innere Festigkeit besitzen, um zentrale Aufgaben effektiv, effizient, friedlich und zukunftsgerichtet anzugehen (Fairness, soziale Gerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt, politische und wirtschaftliche Teilhabe sowie Gesundheit und Wohlergehen).

Zweifelsohne sind alle vier Dimensionen eng miteinander verbunden. In diesem Policy Brief geht es allerdings vor allem um die vierte Voraussetzung, die Kohärenz von Gesellschaften im Sinne der sozialen Komponente der Nachhaltigkeit. Schwerpunktmäßig geht es dabei um vier wesentliche Ziele: (1) Fairness und soziale Gerechtigkeit; (2) Sozialer Zusammenhalt und Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen; (3) Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe und Partizipation sowie (4) Gesundheit und Wohlbefinden.

---

<sup>1</sup> Autorinnen und Autoren: Ortwin Renn, Solène Droy, RIFS – Besonders dankbar sind wir für Impulse und Anregungen zu einer früheren Fassung von Silke Hansen sowie konstruktive Diskussionsbeiträge von den Mitgliedern des Nachhaltigkeitsbeirats and der Steuerungsgruppe der Nachhaltigkeitsplattform.

<sup>2</sup> Siehe dazu die Ausführungen in: Renn, O.; Deuschle, J.; Jäger, A., & Weimer Jehle, W.: Leitbild Nachhaltigkeit: Eine-normativ-funktionale Konzeption und ihre Umsetzung. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2007. Ähnlich bei: Becker, E.; Jahn, Th.; Hummel, D.; Stiess, I. & Wehling, P.: Sustainability: A cross-disciplinary concept for social-ecological transformations. In: J.T. Klein; W. Grossenbacher-Mansuy; R. Häberli; A. Bill; R.W. Scholz & M. Welter (Hrsg.): Transdisciplinarity: Joint problem solving among science, technology, and society. Birkhäuser: Basel, 147-152

<sup>3</sup> Dazu ausführlich in: Renn, O.: Der Beitrag der Sozialwissenschaften zum Verständnis der Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Gesellschaft – Plädoyer für eine sozial-ökologische Sichtweise des gesellschaftlichen Umgangs mit Unsicherheit. In: M. Führ, R. Wahl & P. von Wilmowsky (Hrsg.): Umweltrecht und Umweltwissenschaft. Festschrift für Eckard Reh binder. Weich Schmidt: Berlin 2007, S. 65-86. Siehe dazu auch: Mathies, E. & Homburg, A.: Umweltpsychologie. In: F. Müller-Rommel unter Mitwirkung von H. Meyer (Hrsg.): Studium der Umweltwissenschaften. Sozialwissenschaften. Berlin und Heidelberg: Springer 2001, S. 95-12, hier S. 96

Diese vier Aspekte sind direkt mit einer Reihe der „Sustainable Development Goals“ der UN (SDGs) verbunden: Es gibt deutliche Bezüge zu SDG 1 (Keine Armut), 3 (Gesundheit und Wohlergehen), 4 (Hochwertige Bildung), 5 (Geschlechter-Gleichheit), 7 (Bezahlbare und saubere Energie), 6 (Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen), 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum), 10 (Weniger Ungleichheiten), 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) und 16 (Frieden, Gerechtigkeit, und Starke Institutionen). Diese neun SDGs haben eine hohe Relevanz auch für das Land Brandenburg und das Gelingen des Miteinanders.

In den folgenden Ausführungen des Policy Briefs wird auf diese vier Zielgrößen näher eingegangen. Auf der Basis einer kurzen Bestandsaufnahme zu jeder der vier Zielgrößen werden einige grundlegende Empfehlungen für die Landespolitik formuliert.

Diese Empfehlungen sind auf die Frage ausgerichtet: ***Wie schaffen wir es, die gesellschaftlichen Ziele Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Chancengerechtigkeit im Land Brandenburg als wesentlichen Bestandteil der Transformation in eine nachhaltige Zukunft effektiv anzugehen und Stück für Stück umzusetzen?***

## 2. Fairness und soziale Gerechtigkeit

### *Ausgangslage:*

Eine beständige Transformation in Richtung Nachhaltigkeit kann nur gelingen, wenn sie fair und gerecht verläuft und gesellschaftlich von einer großen Mehrheit der Bevölkerung aktiv mitgetragen wird. Empirische Studien haben nachgewiesen, dass Volkswirtschaften mit geringerer sozialer Ungleichheit höhere Leistungskraft aufweisen als Volkswirtschaften mit ausgeprägter sozialer Ungleichheit<sup>4</sup>. Entscheidend ist dabei, dass eine Politik, die auf soziale Gerechtigkeit und Ausgleich bedacht ist, den sozialen Zusammenhang ebenso wie die demokratische politische Kultur stärkt.

Wie kaum eine andere Region in Deutschland und Europa vereint Brandenburg dicht besiedelte städtische Gebiete mit ländlichen Räumen, deren Einwohnerzahl und -dichte im Vergleich zum Bundesdurchschnitt eher gering ist. Brandenburg hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich ständig weiterentwickelt, allerdings mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, dies ist besonders im Umland von Berlin zu beobachten. So ist zu vermuten, dass einige Räume im Land Brandenburg ein dynamisches Wachstum zu verzeichnen haben, vor allem, weil sie von der Ausstrahlung der Bundeshauptstadt Berlin profitieren. Andere erleben Bevölkerungsverluste und wirtschaftliche Einbußen. Entwicklungschancen und Herausforderungen überlagern sich in den verschiedenen Teilen des Raums immer wieder anders<sup>5</sup>.

Mit einem GINI-Koeffizient (Messgröße für die Schiefe der Einkommensverteilung) von 0,28 liegt das Land Brandenburg unter dem Bundesdurchschnitt von 0,30<sup>6</sup>. Der Osten hat also gegenüber dem Westen hier einen kleinen Vorsprung, dennoch zeigen die Zahlen, dass von gleichen Lebenschancen auch in Brandenburg keine Rede sein kann.

Auch bei der Armutgefährdungsquote steht das Land besser dar<sup>7</sup> als der Bundesdurchschnitt (Brandenburg 2021: 13,9; Bund: 16,6)<sup>8</sup>, wobei sich die Situation in den letzten Jahren auch in Brandenburg leicht verschlechtert hat.

Zu einer gerechten Verteilung an Lebenschancen gehört vor allem auch der Zugang zu Bildung und Ausbildung. Die deutschen Wohlfahrtsverbände sind sich einig, dass Deutschland im Bereich der Bildung Nachholbedarf hat, um ungerechte Verteilung von Chancen zu verringern und damit auch die Teilhabemöglichkeiten sozial benachteiligter Gruppen zu erhöhen<sup>9</sup>. Das gilt auch für Brandenburg.

---

<sup>4</sup> Internationale Währungsfonds, 2014

<sup>5</sup> Regionaler Zusammenhalt in Brandenburg: Eckpunkte der Regionalentwicklungsstrategie, 2021

<sup>6</sup> <https://www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit/ergebnisse/ziel-10-weniger-ungleichheiten/gini-koeffizient-zur-einkommensverteilung>

<sup>7</sup> Die Armutgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird – entsprechend dem EU-Standard – definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

<sup>8</sup> <https://www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit/ergebnisse/ziel-1-keine-armut/armutsgefaehrungsquote#11185>

<sup>9</sup> [Soziale Ungleichheit | Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung \(politische-bildung-brandenburg.de\)](#)

Zunächst zeigt sich in Brandenburg eine starke räumliche Streuung der Familien mit Schulanfängerinnen und Schulanfängern aus niedrigem Sozialstatus. Diese Quote liegt im Landkreis Potsdam-Mittelmark bei knapp 4% und in Frankfurt-Oder bei 21%<sup>10</sup>. Das wirkt sich auf die Chancengerechtigkeit im Bildungsabschluss aus. 5,2% der in Brandenburg gemeldeten Menschen sind ohne Schulabschluss; 13,6% mit Hauptschulabschluss, 39,3% mit Realschulabschluss und 41,9% mit Hochschulreife<sup>11</sup>. Damit liegt Brandenburg etwas über dem Bundesdurchschnitt. Allerdings streuen auch diese Werte erheblich zwischen den Landkreisen. Potsdam Mittelmark hat beispielsweise eine Quote von 38,6 % Menschen mit Hochschulreife und Prignitz eine Quote von 7,1 %.

Über alle Landesteile Brandenburgs hinweg gibt es bei den Bildungs- und Berufschancen Ungleichgewichte im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Gemessen an der Anzahl der in Brandenburg lebenden Akademikerinnen und Akademiker ist die Anzahl der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen die niedrigste im Vergleich zu allen anderen Bundesländern. Dabei ist wichtig zu betonen, dass für bestimmte Branchen und Berufe das Defizit an Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen nicht unbedingt als Schwäche angesehen werden muss. Im Gegenteil, das Fördern von dualen Ausbildungen können eine Stärke für Berufe aus Handwerk, Gesundheits- und Sozialwesen sowie anderen Branchen sein.

Auch die Forschungsausgaben je Forscherin und Forscher liegen unter dem Bundesdurchschnitt, selbst wenn man die Wirtschaftskraft des Landes mit berücksichtigt.<sup>12</sup> Dazu kommt der auch in Brandenburg zunehmend spürbare Mangel an Fachkräften. Dies gilt vor allem für Berufe in den Fachgebieten Informatik, Technik, Pflege und Gesundheit, Handwerk und in der Bildung und Erziehung in den Kindertageseinrichtungen, in außerschulischer und schulischer Bildung sowie in der Fach- und Hochschullehre.

Zu den statistischen Daten über ungleiche Verteilungen kommt die Komponente des Erlebens und des Empfindens von Ungerechtigkeit in der Bevölkerung. Diese subjektive Komponente hat ein großes Gewicht bei der Frage nach der Zufriedenheit mit den eigenen Lebensbedingungen und der Identifikation mit dem Land. Laut Studie der Bertelsmann Stiftung "Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland"<sup>13</sup> hat die Mehrheit der Deutschen das Gefühl, es gehe im Land nicht gerecht zu – weder bei der Verteilung von Gütern und Vermögen noch zwischen den Generationen. Nur 17 % der Menschen glauben, es gebe Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Menschen mit höherem Einkommen und höherer formaler Bildung, Männer sowie Personen mit beruflich hohen Erwartungen empfinden die Gesellschaft als deutlich gerechter als Menschen mit niedrigerem Einkommen und Bildungsstand sowie Frauen<sup>14</sup>. Auch die Menschen in Brandenburg äußern ein hohes Maß an gefühlter Ungerechtigkeit<sup>15</sup>.

Wenn das Gefühl der Ungerechtigkeit zunimmt, besteht die Gefahr, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt schwindet. Dies ist in Brandenburg bereits festzustellen. Die schon zitierte Bertelsmann Studie zeigt einerseits, dass der Wunsch nach Ausgleich groß ist. So befürworten 75 % der Befragten, dass mit Hilfe politischer Maßnahmen die Kluft zwischen Arm und Reich verringert werden soll. Andererseits sind nur 37 % bereit, dafür selbst höhere Steuern zu zahlen. Ein ähnliches Paradoxon zeigt sich, wenn man die Wahrnehmung der Gerechtigkeit zwischen den Generationen betrachtet. Zwar geht mehr als die Hälfte der Befragten davon aus, dass die Jugend im Vergleich zu ihren Eltern einen Wohlstandsverlust erleiden wird. Weniger als 20 % der Befragten sind jedoch dafür, das Rentensystem oder das Wahlrecht zugunsten der jüngeren Generationen anzupassen oder auf neue Schulden zu verzichten. Bezogen auf dieses Dilemma sind praktische Lösungen in Verbindung von adressatengerechter Kommunikation und kritischer Begleitung und Evaluation aller Maßnahmen gefragt, die zu einer erfolgreichen und zeitgerechten Transformation im Rahmen der gesetzlichen

<sup>10</sup> [https://lasv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kapitel5\\_WEB\\_Bbg\\_Soz\\_2021-4.pdf](https://lasv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kapitel5_WEB_Bbg_Soz_2021-4.pdf), S. 147

<sup>11</sup> [https://lasv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kapitel5\\_WEB\\_Bbg\\_Soz\\_2021-4.pdf](https://lasv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kapitel5_WEB_Bbg_Soz_2021-4.pdf), S. 151

<sup>12</sup> INSM Bildungsmonitor 2022 | Der INSM-Bildungsmonitor 2022: Brandenburg Platz 13, [https://www.insm-bildungsmonitor.de/2023\\_best\\_brandenburg.html](https://www.insm-bildungsmonitor.de/2023_best_brandenburg.html)

<sup>13</sup> <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/gesellschaftlicher-zusammenhalt/projektnachrichten/gerechtigkeitsempfinden-in-deutschland-2022>

<sup>14</sup> ebenda

<sup>15</sup> ebenda

Vorgaben beitragen und gleichzeitig spezifisch die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen und diese, wenn unvermeidbar, transparent machen und sozial gerecht gestalten.

### **Empfehlungen:**

- a) *Gemeinsam mit den Kommunen und Landkreisen wirtschaftliche Entwicklungsprojekte konzipieren und umsetzen, die zukunftssichere, qualifizierte und ökologisch verträgliche Arbeitsbedingungen schaffen und zu einer robusten und diversen Wirtschaftsstruktur auch in den ländlichen Räumen beitragen:* Dazu kann die Landesregierung auf der einen Seite finanzielle und strukturelle Anreize schaffen, etwa durch besonders gute Ausgangsbedingungen für Startups, effektive Internet-Infrastruktur und bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, zum anderen durch die Förderung von Eigeninitiativen der Kommunen, Unternehmen oder zivilgesellschaftlichen Gruppen sowie neue wirtschaftliche Impulse für eine regional angepasste und zukunftsgerechte Wirtschaftsstruktur nach dem Leitbild der Kreislaufwirtschaft.
- b) *Gleiche Bezahlung für alle Geschlechter sicherstellen:* Den geringsten unbereinigten Gender Pay Gap im Jahr 2022 wiesen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit jeweils 6 % auf (im Vergleich zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer)<sup>16</sup>. Diese positive Tendenz sollte durch transparente Berichterstattung über Fort- oder Rückschritte in Bezug auf die erwünschte Gleichbehandlung, Workshops für betroffene Frauen, um sich im Arbeitsmarkt selbstbewusster durchzusetzen, sowie Vorbildfunktionen der öffentlichen Hand verstärkt werden. Zu prüfen ist auch, ob hier gesetzliche Initiativen zur Gleichbezahlung auf Bundesebene über den Bundesrat eingebracht werden können. Das Ziel muss sein, Frauen auf das Gehaltsniveau ihrer männlichen Kollegen zu bringen.
- c) *Führungspositionen auch nach Diversitätskriterien besetzen:* Der Frauenanteil in Führungspositionen bei Unternehmen im Handelsregister beträgt momentan (Stand Anfang März 2023) 24 % bundesweit, also weniger als ein Viertel. Brandenburg liegt an der Spitze mit 29,5 %<sup>17</sup>. Laut Professorin Jutta Allmendinger, WZB: „*Es ist nicht nur Brandenburg, sondern die ganzen ostdeutschen Länder, die einfach besser sind. Und das hat ganz viel damit zu tun, dass Frauen sich nicht mehr so rechtfertigen müssen, dass sie eine viel längere Tradition der Erwerbsfähigkeit haben. Man teile sich dort auch die unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen viel selbstverständlicher*“. Diese förderlichen Voraussetzungen und Entwicklungen sollte weiter ausgebaut werden und auch für andere Bevölkerungsgruppen, wie Menschen mit Flucht- oder Auswanderungsgeschichte und bspw. für queere Personen, aktiv vorangebracht werden.
- d) *Nachholbedarf in der schulischen und außerschulischen Bildung proaktiv angehen.* Im Bereich der Verbesserung der schulischen Bildung empfiehlt der Beirat erweiterte, den normalen Unterricht ergänzende und vertiefende Förderprogramme für Schüler und Schülerinnen vor allem in den Landkreisen anzubieten, in denen statistisch gesehen niedrige Ausbildungsstandards vorherrschen. Grundsätzlich sollten spezielle Förderprogramme für Menschen mit Migrationshintergrund sowie Menschen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsstatus landesweit angeboten werden. Wo rechtlich möglich, sollten den Schulen zusätzliche Angebote für Schülerinnen und Schüler verbindlich vorgeschrieben werden. Darüber hinaus werden die Potentiale der außerschulischen und der non-formalen Bildung in Vereinen und Verbänden nicht oder noch zu wenig genutzt. Anzustreben ist, dass junge Menschen in allen Brandenburger Landkreisen mehrere örtliche oder mindestens regionale Angebote unterschiedlicher Verbände zur Teilnahme an Angeboten außerschulischer Bildung und als Ort für ein freiwilliges gesellschaftliches Engagement vorfinden. Dazu braucht es eine deutliche Ausweitung der Strukturförderung, insbesondere in der Jugendverbandsarbeit<sup>18</sup>.
- e) *Dem Fachkräftemangel und Arbeitskräftemangel durch eine Vielzahl verzahnter Maßnahmen entgegenwirken:* Es gibt kein Patentrezept, um dem Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel in

<sup>16</sup> [Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen \(Gender Pay Gap\) in Deutschland nach Bundesländern 2022 | Statista](#)

<sup>17</sup> Quelle: Handelsregister und CRIF GmbH

<sup>18</sup> Siehe zur Recherche <https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/non-formale-bildung-im-jugend-und-jungen-erwachsenenalter.html>

Brandenburg (und in Deutschland insgesamt) effektiv zu begegnen. Vielmehr müssen viele Maßnahmen miteinander verbunden werden: (1) das vorhandene Potenzial fördern und besser ausbilden: Frauen, Menschen mit Einschränkungen, Personen mit Migrationshintergrund, die schon länger im Land sind (und selten gefördert wurden), unterstützen (2) mehr Anreize für Geflüchtete und zugewanderte Personen schaffen, um Bildungsdefizite auszugleichen und eine qualifizierte Berufsausbildung anzugehen und abzuschließen; (3) spezielle Mentoren- und Mentorinnenprogramme auflegen, um potenzielle Abbrecher und Abbrecherinnen von akademischen und beruflichen Ausbildungsgängen zu motivieren, die Ausbildung erfolgreich abzuschließen, (4) die Arbeitsbedingungen ((wie Arbeitszeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Karrierechancen) so zu gestalten, dass vor allem Berufe mit hohem Fachkräftemangel für Berufsinteressierte besonders attraktiv werden; (5) Menschen, die dies ausdrücklich wollen, eine Verlängerung der Arbeitszeit über das 65. bzw. 67. Lebensjahr hinaus zu ermöglichen und (6) gezielt ausländische Fachkräfte ansprechen und ihnen die Weichen für ein gelingendes Leben in Brandenburg stellen, insbesondere durch eine barrierearme Anerkennung ausländischer Abschlüsse und/oder Berufserfahrung. Dazu gehört auch, den hier studierenden Ausländerinnen und Ausländern den Weg zu einer Berufstätigkeit im Land zu ebnen, sofern diese Personen in Deutschland bleiben wollen. Als Grundvoraussetzung (7) empfehlen wir für den ländlichen, und auch für den Berlin-nahen Raum, die Bedingungen rund um das Studium, die Berufsausbildung und die Berufstätigkeit verzahnt in den Blick zu nehmen. Es braucht den Ausbau dualer Ausbildungen und dualer Studiengänge insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie Erziehung und Bildung. Sowohl Auszubildende als auch Lehrpersonal sind auf eine gute Anbindung an den ÖPNV, Möglichkeiten digitaler Lehre, bezahlbaren Wohnraum, Sicherstellung von Familienfreundlichkeit durch vorhandene Kinderbetreuung, Freizeitmöglichkeiten für eigene Kinder und flexible Arbeits- und Lernzeitgestaltung, ausreichende Einkünfte, um einen angemessenen Lebensunterhalt zu bestreiten sowie eine berufliche Perspektive angewiesen.

### **3. Sozialer Zusammenhalt und Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen**

#### ***Ausgangslage:***

Die statistisch nachgewiesene wie auch die subjektiv empfundene Ungerechtigkeit sind beide wichtige Einflussgrößen, die sich belastend auf das Gemeinschaftsgefühl und die Identifikation mit dem Gemeinwohl auswirken. Als Folge lässt sich in empirischen Untersuchungen eine Abwendung von etablierten Parteien und politischen Gremien, eine zunehmende „Politikverdrossenheit“ (etwa durch Nichtteilnahme an Wahlen und eine Hinwendung zu alternativen, populistisch geprägten Politikangeboten) nachweisen<sup>19</sup>. Dazu kommen demographische Veränderungen, wie der Wegzug gut ausgebildeter Personen, die sich besonders im ostdeutschen Raum nach der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung, aber auch im Zuge der Deindustrialisierung weiter Landesteile, ergeben haben. Nach wie vor ist Brandenburg durch die vorrangig in der Vergangenheit liegenden Abwanderung von Fachkräften und jungen Menschen geprägt, obwohl das Saldo von Zu- und Abwanderung sich inzwischen zum Positiven gewandelt hat. Die Bevölkerungsstruktur im Land zeigt vor allem durch den Wegzug junger Menschen aus dem weiteren Metropolenraum bedingt eine Überalterung der Bevölkerung<sup>20</sup>, eine demographische Homogenität sowie eine stark verbreitete, subjektiv empfundene Benachteiligung verbunden mit sozialen Abstiegsängsten<sup>21</sup>. Allerdings hat sich der zahlenmäßig negative Trend in jüngster Zeit umgekehrt. Im Jahre 2021 sind 16.787 mehr Personen aus einem anderen Bundesland nach Brandenburg zugezogen, als aus Brandenburg in ein anderes Bundesland fortgezogen sind. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass sich die meisten dieser Personen im Berliner Umland angesiedelt haben.

Dazu kommen Strukturprobleme: Es gibt weiterhin große Unterschiede zwischen dem Berliner Umland und den entfernteren Regionen des Landes. Laut einer Befragung aus dem Jahre 2023 gibt eine Mehrheit

---

<sup>19</sup> [Soziale Ungleichheit | Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung \(politische-bildung-brandenburg.de\)](https://www.politische-bildung-brandenburg.de)

<sup>20</sup> „Unser Brandenburg: starke Demokratie, gemeinsamer Zusammenhalt“ Ein Konzept zur Demokratiestärkung im Land Brandenburg, Staatskanzlei

<sup>21</sup> Salomo, K. (2023): Abwanderung, Alterung, Frauenschwund. WZB Mitteilungen, Heft 165.

der Befragten an, dass sich das Land Brandenburg in den Regionen, in denen die sozioökonomischen Kerndaten wie Wirtschaftskraft, Arbeitslosigkeit immer besser werden, in die richtige Richtung entwickle<sup>22</sup>. Für 35 % – also für jeden dritten Brandenburger bzw. jede dritte –Brandenburgerin geht es allerdings in die „falsche Richtung“.

Ein Beispiel: Eine besondere Herausforderung in der Strukturentwicklung des Landes betrifft den Kohleausstieg in der Lausitz. Die Lausitz steht in den nächsten Jahrzehnten vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen muss die Landespolitik den Menschen vor Ort eine nachvollziehbare und glaubwürdige wirtschaftliche Alternative zur Kohlenutzung aufzeigen, zum anderen sind gerade seit 1989 rechtspopulistische Bewegungen und Parteien besonders erfolgreich<sup>23</sup>. Es besteht die Sorge, dass der Aufstieg des autoritären Populismus in der Lausitz die Dynamik einer sozial-integrativen und nachhaltigen Erneuerung bremsen oder sogar verhindern könnte.

Strukturelle Ungleichgewichte, wahrgenommene Ungerechtigkeiten, enttäuschte Hoffnungen nach der Wende und Defizite im Ausbau der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge haben in vielen ostdeutschen Bundesländern, und auch in Brandenburg, zu einer zunehmenden Enttäuschung geführt: die demokratischen Institutionen geraten immer mehr unter Druck<sup>24</sup>. In Brandenburg sind verschiedene rechtspopulistische Akteure aktiv. Diese schaffen es, immer mehr Unterstützerinnen und Unterstützer zu finden.<sup>25</sup> Dabei sind es nicht nur die am unteren Rand der Einkommens- und Bildungsskala einzuordnenden Personen, die Arbeitslosen und Zukunftslosen, die prekär Beschäftigten, die rechtspopulistische Weltbilder attraktiv finden. Vielmehr ist auch ein breites Spektrum der Mittelschicht offen für rechtspopulistische Meinungsäußerungen. Hierzu gibt es verschiedene Erklärungsmuster, u.a. dass ein beruflicher oder sozialer Abstieg befürchtet wird<sup>26</sup>. Die Demokratie, ihre Grundprinzipien, Abläufe und Institutionen werden von einer zunehmend „distanzierten Mitte“ mit kritischer Distanz betrachtet<sup>27</sup>.

Der Rechtsextremismus stellt in Brandenburg weiterhin eine große Gefahr dar<sup>28</sup>. Die Zahl der von den Behörden registrierten politisch motivierten Straftaten ist im Jahr 2022 in Brandenburg im Vergleich zum Vorjahr um knapp 20 % angestiegen<sup>29</sup>. Die meisten davon werden dem rechten Spektrum zugeordnet. 2.046 Fälle waren es 2022, ein Anstieg von 13 % zum Vorjahr. Deutlich angestiegen sind Straftaten, die im Zusammenhang mit einer ausländischen Ideologie (z.B. im Kontext des russischen Angriffs auf die Ukraine) stehen (von sechs im Jahre 2021 auf 89 Straftaten im Jahr 2022)<sup>30</sup>.

Eine besondere Form der Abkehr vom sozialen und kulturellen Grundkonsens der Gesellschaft und auch von den demokratischen Institutionen ist der Glaube an Verschwörungstheorien<sup>31</sup>. In Deutschland haben sich während der Migrationskrise und der Covid-Krise zwei Arten von Verschwörungsnarrativen verstärkt: Zum einen eine angenommene Verschwörung der Medien und der Regierungsparteien gegen die eigene Bevölkerung, nach der gezielt Geflüchtete ins Land eingeschleust würden, um die deutsche Bevölkerung zu ersetzen. Zum anderen werde eine geheime Verschwörung mächtiger Industriebosse angenommen, die heimlich die Bevölkerung mit Impfstoffen gefügig und willenlos machen wolle. Ein weiteres Narrativ ist im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg hinzugekommen. Die Machthaber im Hintergrund hätten den Krieg nur inszeniert, um ihre wirtschaftlichen Interessen gegen einen gutgläubigen russischen Präsidenten Putin brutal durchzusetzen<sup>32</sup>.

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie und die Enttäuschung über die Entwicklungen der letzten Jahre haben sich allerdings nicht nur an den Rändern der Bevölkerung niedergeschlagen. Ein wichtiger Indikator für eine weit verbreitete Verdrossenheit mit der Politik ist das Vertrauen, das Menschen den Institutionen von Politik und Demokratie entgegenbringen. Der Meinungstrend zum Vertrauen in die

<sup>22</sup> [Barometer: Brandenburger verlieren Vertrauen in politisches System \(tagesspiegel.de\)](https://www.tagesspiegel.de/barometer/brandenburger-verlieren-vertrauen-in-politisches-system-10177778.html)

<sup>23</sup> Haas, T., Die Lausitz im Strukturwandel, PROKLA 2020

<sup>24</sup> <https://www.tagesspiegel.de/unzufriedenheit-der-deutschen-wachst-hohe-politikverdrossenheit-vor-allem-im-osten-8678140.html>

<sup>25</sup> [https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/2022-04-19\\_Broschur\\_MIK\\_Verfassungsschutz%202020-Web.pdf](https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/2022-04-19_Broschur_MIK_Verfassungsschutz%202020-Web.pdf),

<sup>26</sup> [Soziale Ungleichheit | Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung \(politische-bildung-brandenburg.de\)](https://www.brandenburg.de/soziale-ungleichheit-brandenburgische-landeszentrale-fuer-politische-bildung)

<sup>27</sup> „Die distanzierte Mitte“: FES Studie (2023) [Die distanzierte Mitte: Die neue Rechtsextremismus-Studie \(fes.de\)](https://www.fes.de/pressenotizen/2023/03/die-distanzierte-mitte)

<sup>28</sup> [Brandenburg: Stüben: Rechtsextremismus stellt in Brandenburg weiter große Gefahr dar | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/brandenburg/stueben-rechtsextremismus-stellt-in-brandenburg-weiter-groesse-gefahr-dar-10177778.html)

<sup>29</sup> [Zahl politisch motivierter Straftaten in Brandenburg erreicht neuen Höchststand | rbb24 und](https://www.tagesschau.de/brandenburg/straftaten-in-brandenburg-erreicht-neuen-hoehststand-10177778.html)

<https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/PMK%20Pr%C3%A4sentation%202022%20Final%20mit%20Stand%2012.pdf>

<sup>30</sup> [Zahl politisch motivierter Straftaten in Brandenburg erreicht neuen Höchststand | rbb24](https://www.tagesschau.de/brandenburg/straftaten-in-brandenburg-erreicht-neuen-hoehststand-10177778.html)

<sup>31</sup> Siehe dazu: Renn, O. (2023): Gefühlte Wahrheiten. Orientierung in Zeiten faktischer Verunsicherung. 3. Auflage. Budrich: Frankfurt am Main, S. 145ff.

<sup>32</sup> <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-verschworungsgedenken-und-abwertung-rund-um-den-ukraine-krieg-43569.htm>

politischen Institutionen zeigt ein sehr gespaltenes Bild in Brandenburg<sup>33</sup>. Im Bereich des Institutionsvertrauen äußern immer mehr Menschen „weniger großes“ oder „gar kein Vertrauen“ mehr zu haben. In Bezug auf die Kommunalverwaltungen gaben 54 % der befragten Bürger und Bürgerinnen in Brandenburg an, „weniger großes“ oder „gar kein Vertrauen“ mehr zu haben, (dagegen gaben 40% an, „sehr großes“ oder „großes Vertrauen“ zu haben). Bei der Einstufung der Einrichtungen der Justiz liegt das Verhältnis bei 55 zu 33 und bezogen auf die Vertrauenswürdigkeit der Medien bei 76 zu 21. Nur noch eine Minderheit gibt an, *großes Vertrauen* in politische Institutionen zu haben<sup>34</sup>. Das sind besorgniserregende Zahlen, die eine konzertierte Aktion der Politik und aller Politikbereiche, der öffentlichen Einrichtungen und der Akteure der Zivilgesellschaft sowie der Kirchen erforderlich machen.

### **Empfehlungen:**

- a) *Strukturwandel gerecht und demokratisch gestalten:* Wichtig ist dabei eine frühzeitige und ergebnisoffene Einbindung der Kommunen wie der Stakeholder. Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften, der NGOs, der Jugendverbände und Jugendvertretungen und der betroffenen Bürgerschaft (z.B. durch den Einbezug von Bürgerinitiativen, aber auch durch partizipative Formate wie Fokusgruppen, Runde Tische oder Bürgerräte) sollten aktiv in die Planung und Entwicklung der einzelnen Regionen eingebunden werden. Ziel ist ein Prozess der ko-kreativen Gestaltung der zukünftigen Entwicklung. Dabei geht es darum, sozialverträgliche und wirtschaftlich tragfähige Alternativen zu klimaschädlichen und anderen nicht zukunftsfähigen Wirtschaftsstrukturen aufzuzeigen und zu fördern. Initiativen zur Einführung einer Kreislaufwirtschaft, zur nachhaltigen Landwirtschaft und zu einer auf zukünftige Bedarfe ausgerichteten Wirtschafts- und Bildungsstruktur sollten von der Landesregierung unterstützt, angeleitet und gefördert werden.

Programme, die nachhaltige Transformationen durch soziale und gesellschaftliche Innovationen fördern, wie zum Beispiel die Förderprogrammlinien des Bundes „WIR- Wandel durch Innovation in der Region“ und REGION.innovativ<sup>35</sup> sollen weiterhin unterstützt und ausgebaut werden. In der Region Lausitz gibt es ebenfalls zahlreiche Projekte mit vielfältigen Beteiligungsstrukturen, die eine Vielzahl von Akteuren zusammenbringen und die sich als Vorbilder für eine flächendeckende Umsetzung der Nachhaltigkeit anbieten. Insgesamt kann die sich in der Lausitz entwickelte Struktur der aktiven Mitgestaltung durch Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie der direkten Teilhabe der Bürgerschaft am strukturellen Wandel als wichtiger Impuls für die notwendigen Transformationen im ganzem Land Brandenburg angesehen werden.

- b) *Kulturelle Formen der regionalen und lokalen Identität fördern:* Die Menschen in Brandenburg haben schon viele Brüche und Veränderungen erlebt und erleben nun weitere Transformationen vor allem in Richtung einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Um diesen Wandel für alle resilient zu gestalten, ist es hilfreich, eine regional verankerte und kreativ wirkende Kulturszene zu erhalten und weiter zu entwickeln. Dazu gehören kulturelle Veranstaltungen, Ausstellungen, Events und Festivals, die Förderung von kulturellen Initiativen und die Unterstützung bestehender regional verwurzelter Aktivitäten, wie Theater, Orchester, Chöre, Trachtengruppen und anderer kultureller Aktivitäten für Laien. Das kann nur gelingen, wenn diese Transformationen als Teil der eigenen Lebenswirklichkeit und als Chance eines gemeinschaftlichen Lernprozesses angesehen werden. Vor allem kommt es darauf an, an kulturelle Traditionen (etwa der früheren Industrialisierung des Raumes), gewachsenen Stärken (hohes Bildungsniveau, traditioneller Schwerpunkt auf handwerkliche Fertigkeiten) und örtlich angebundene alltagskulturelle Aktivitäten (hohe Vereinsdichte, nachbarschaftliche Solidarität) anzuknüpfen. Gut gemeinte Appelle reichen hier nicht aus, es müssen die Strukturen unterstützt und neu belebt werden, die bewährten Traditionen bewahren helfen und gleichzeitig neue Schritte in eine nachhaltige Zukunft fördern. Gleichzeitig müssen klare Perspektiven für den

---

<sup>33</sup> [Barometer: Brandenburger verlieren Vertrauen in politisches System \(tagesspiegel.de\)](https://www.tagesspiegel.de), 2018

<sup>34</sup> [Barometer: Brandenburger verlieren Vertrauen in politisches System \(tagesspiegel.de\)](https://www.tagesspiegel.de)

<sup>35</sup> [WIR! – Wandel durch Innovation in der Region - BMBF Innovation & Strukturwandel \(innovation-strukturwandel.de\)](https://www.innovation-strukturwandel.de)

Strukturwandel als Möglichkeit für eine bessere, nachhaltigere Zukunft vermittelt werden, an deren Ausarbeitung die Öffentlichkeit aktiv beteiligt werden sollte.

- c) *Eine lebendige Kultur der Partizipation, der Meinungsvielfalt, des Zuhörens und der Toleranz für Angehörige aller Generationen entwickeln:* Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Menschen aus anderen Ländern und Kulturen ist Brandenburg nicht fremd (siehe Toleranzedikt von 1664<sup>36</sup>). Menschen in Not aufzunehmen und Andersdenkende mit Respekt zu behandeln, hat eine lange Tradition in Brandenburg. Die Landesregierung kann an diese Tradition anknüpfen und aktiv Programme zur Inklusion von Geflüchteten, zur Achtung und zum Kennenlernen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften und zur Toleranz gegenüber neuen Initiativen zur nachhaltigen Gestaltung der eigenen Lebenswelt auflegen und unterstützen. Mit dem „Toleranten Brandenburg“ und dem „Bündnis für Brandenburg“ konnten von der Landesregierung beispielgebende Strukturen aufgebaut werden. Gerade im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Strukturpolitik kann die kreative und produktive Kraft von Vielfalt und Diversität als eine Bereicherung für das Land herausgestellt und für alle nachvollziehbar unter Beweis gestellt werden. So könnte etwa die Landesregierung öffentlich kommunizieren, wo es im Land schon gute Beispiele für ein friedliches Zusammenleben gibt (in Kommunen, Vereinen, Unternehmen) und in landeseigenen Medien Menschen zu Wort kommen lassen, die erzählen, wie sie davon konkret profitieren. Der Begriff Toleranz umfasst beides: ein Recht auf Toleranz und die Verpflichtung zur Toleranz. Toleranz ist eine „Tugend“, die Offenheit, Mitgefühl und Empathie zum Ausdruck bringt, und liegt im Sinne der Wohlstandswahrung auch im eigenen Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, sowie der Wirtschaft mit ihren Einrichtungen und Unternehmen, die auf Fachkräfte mehr denn je angewiesen ist. Der Zuzug von Personen aus dem Ausland ist eine Bedingung für den Erhalt von Wohlstand. Eine diversitätsoffene Arbeitswelt und Firmen, die sich als lernende Organisationen verstehen, sind eine notwendige Voraussetzung dafür, dass sich Menschen aus dem Ausland bei uns wohl fühlen und auch ihre Schaffenskraft im Dienst der Gemeinschaft einsetzen.
- d) *Eine Kultur der Wirtschaftsdemokratie in Brandenburg unterstützen und weiterentwickeln.* Demokratie und Mitbestimmung in der Arbeitswelt sind wichtige Lernwerkstätten für Demokratie, Beteiligung und nachhaltige Betriebsführung. Brandenburgerinnen und Brandenburger können in den Betrieben, in denen sie tätig sind, demokratische Strukturen kennenlernen und hautnah erleben, was es heißt, verantwortlich und gemeinwohlorientiert an der Gestaltung der Arbeitswelt mitzuwirken. Was in den Betrieben vorgelebt wird, kann dann auch auf das Gemeinschaftsleben in Kommune und Land übertragen werden.
- e) *Programme zum Ausstieg aus und zum Umgang mit politisch extremen Milieus fördern:* Viele Menschen, die sich den rechtsextremen Bewegungen angeschlossen haben, sind durchaus noch für eine Rückkehr in die freiheitliche und demokratische Gesellschaftsordnung zu gewinnen. Oft sind sie aus eher fadenscheinigen Gründen in den extremen Gruppierungen gelandet und benötigen gezielt Hilfe, um auszusteigen. Es gibt inzwischen erfolgversprechende Programme in anderen Bundesländern (wie z.B. in Thüringen), um vor allem jungen Menschen eine Abkehr von rechtsextremen Gruppierungen zu ermöglichen und ihnen bei der Wiedereingliederung zu helfen. Dazu gibt es schon einige wichtige Initiativen in Brandenburg: Auch das neue Programm [wageMUT<sup>37</sup>: Aussteigerprogramm für Extremisten](#) wurde im Januar 2023 vom Innenministerium Brandenburg ins Leben gerufen. Es ist das Ausstiegs- und Distanzierungsprogramm für ausstiegswillige Extremisten. Die Arbeit des Mobilen Beratungsteams (MBT)<sup>38</sup> ist ebenso ein gutes Beispiel von gezielten Initiativen für Demokratiestärkung und gegen Rechtstextremismus und Fremdenfeindlichkeiten in Brandenburg. Solche Programme bleiben für Brandenburg sinnvoll und sollten weiter ausgebaut werden. Auch die Betriebe in Brandenburg können sich hier stärker engagieren und die Landesregierung sollte dies fördern und unterstützen. Vor allem

---

<sup>36</sup> 1664 erlässt der brandenburgische Kurfürst Friedrich Wilhelm das Toleranzedikt. Damit will er vor allem Frieden zwischen Lutheranern und den zugewanderten hugenottischen Calvinisten stiften und damit ein Zeichen gegen die Intoleranz zwischen den Konfessionen setzen.

<sup>37</sup> [Ausstieg und Distanzierung | Ministerium des Innern und für Kommunales \(brandenburg.de\)](#)

<sup>38</sup> [Mobiles Beratungsteam – demos \(gemeinwesenberatung-demos.de\)](#)



sollte in den Schulen und Bildungseinrichtungen eine intensive Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichem und populistischem Gedankengut stattfinden, um bereits von früh an junge Menschen zu Toleranz, Offenheit und der Einhaltung demokratischer Prinzipien anzuleiten.

- f) *Kapazitäten und Projekte zur außerschulischen Jugendbildung sowie verbandliche Jugendarbeit ausbauen:* Außerschulische Jugendbildung inklusive der Angebote der politischen Bildung fördern das Demokratieverständnis und das Engagement für eine friedliche und tolerante Gesellschaft. Dazu sollten in allen Bildungseinrichtungen Räume für politische Bildungsprozesse und Mitbestimmung geschaffen werden. Jugendverbände und Jugendbildungsstätten widmen sich heute schon dem Ziel der politischen Bildung. Sie benötigen eine auskömmliche Strukturförderung. Durch ein aktives Engagement in ökologischen, sozialen oder kulturellen Jugendverbänden und -einrichtungen werden demokratische Grundwerte wie Respekt vor Andersdenkenden und legitime Formen der Einflussnahme allein schon durch das Mitmachen vermittelt.

#### **4. Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe und Partizipation**

##### ***Ausgangslage:***

Wichtige Zielgröße für soziale Nachhaltigkeit sind Grad und Ausmaß der Teilhabe von Individuen am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben. Aktive Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern wirkt auf unterschiedlichen Ebenen, insbesondere als direkte Beteiligung von Individuen oder Gruppen an den Erlösen oder an der Kontrolle von infrastrukturellen Leistungen oder Unternehmen (etwa Stromversorger). Ebenfalls können direkte Dienstleistungen (etwa verbilligter Strombezug) als individuelle Teilhabe an einer Transformation vor Ort (etwa Einrichtung eines Windparks) gewertet werden. Auch Unterstützungen bei der Wohnungsmodernisierung durch Mieter, die Ermöglichung von Balkonkraftwerken oder eine Vergabe von Anteilscheinen nach Maßgabe freiwilliger Mitarbeit in kommunale Initiativen können als kreative Möglichkeiten der Teilhabe genannt werden<sup>39</sup>. Teilhabe kann auch indirekt erfolgen, etwa durch die Finanzierung von gemeinwohlorientierten Projekten wie öffentlichen Schwimmbädern, den Unterhalt eines Gemeindezentrums, die Förderung von Sportvereinen oder die Ausrichtung von Kulturveranstaltungen. Gerade die Förderung regionalen Kulturerlebens schafft Gemeinschaft und verhilft auch zu einer größeren Bereitschaft, neue Herausforderungen aus dem Gefühl kultureller Verbundenheit und Identität zu meistern. Solche indirekten Projekte sind vor allem dann erfolgversprechend, wenn sie zur regionalen Wertschöpfung beitragen und auch einkommensschwache Haushalte daraus einen Nutzen ziehen<sup>40</sup>. Voraussetzung für solche indirekten Formen der Teilhabe sind Transparenz über die Vergabe und den Verbleib der eingesetzten Mittel sowie eine klare Kommunikation, wer aus diesen Projekten Nutzen ziehen kann und warum.

Zu diesem Bereich der Teilhabe gehört auch die Möglichkeit, am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Geschehen aktiv mitzuwirken und mitzubestimmen. Hier ergibt sich eine Schnittmenge mit dem Thema Fairness und soziale Ungleichheit. In einer Vergleichsstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigte das Land Brandenburg besondere Stärken in den Handlungsfeldern Integration, Internationalisierung und Bekämpfung der Bildungsarmut<sup>41</sup>. Schwächen wies es in den Bereichen Fachkräftemangel, berufliche Ausbildungspotenziale, Mobilität und vor allem in der Umsetzung der Digitalisierung auf. Nach dieser Studie lag der Digitalisierungsgrad in Brandenburg bei lediglich 3,6 von zehn möglichen Punkten<sup>42</sup>. Im Handlungsfeld Digitalisierung belegte Brandenburg 2022 den letzten Platz unter allen Bundesländern. Ebenso sehen die Unternehmen in Brandenburg die Energiewende als

<sup>39</sup> Fettke, U. 2019. Kommunale Energieprojekte als Lokalpolitikum. In: J. Radtke, W. Canzler, M. Schreurs & S. Wurster (Hrsg.) *Energiewende in Zeiten des Populismus. Energietransformation*. Wiesbaden: Springer VS, S. 263-293, [https://doi.org/10.1007/978-3-658-26103-0\\_9](https://doi.org/10.1007/978-3-658-26103-0_9)

<sup>40</sup> Beispiel Stadtwerke Trier mit der aktuell wirtschaftlichsten Gas-Grundversorgung in Deutschland; Beispiel Rhein-Hunsrück-Kreis <https://www.gelobtesland.de>

<sup>41</sup> [Digitalisierung des Bildungswesens nach Bundesländern 2022 | Statista](#)

<sup>42</sup> [Digitalisierung des Bildungswesens nach Bundesländern 2022 | Statista](#)

ein großes Risiko für den Standort: Mehr als die Hälfte der Brandenburger Unternehmen befürchtet den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland<sup>43</sup>.

Auch im Bereich der Integration von Geflüchteten oder Personen mit Migrationshintergrund besteht in Brandenburg trotz schon erreichter Fortschritte weiterhin Handlungsbedarf. Nach wie vor gibt es in vielen Regionen Manifestationen von Diskriminierungen in Form von Übergriffen gegen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Geflüchteten, Diskriminierung aufgrund religiöser Zugehörigkeit, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Die Statistiken auf Bundesebene zeigen einen deutlichen Anstieg der Diskriminierungsfälle in Deutschland seit 2020. Laut dem Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sind im Jahr 2021 insgesamt 5.617 Anfragen bei der Beratung der Antidiskriminierungsstelle eingegangen, die sich mindestens auf ein innerhalb des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) geschütztes Diskriminierungsmerkmal zurückführen ließen. Mit 37 % standen dabei die meisten Anfragen im Zusammenhang mit dem Diskriminierungsmerkmal Ethnische Herkunft, 32 % der Anfragen bezogen sich auf das Merkmal Behinderung und 20 % auf das Geschlecht.

Neben der Teilhabe an wirtschaftlichen Leistungen und Chancen ist auch die politische Mitwirkung ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen politischen Kultur. Die Möglichkeit, an politischen, also kollektiv verbindlichen Entscheidungen selbst mitzuwirken, ist zum einen ein wichtiges Instrument gegen den Vertrauensverlust und Ohnmachtsgefühle, zum anderen aber auch eine Chance für politisches Lernen und kommunikativen Austausch. Partizipation kann vor allem auf kommunaler Ebene erfolgreich eingesetzt werden<sup>44</sup>. Auch auf Landesebene haben sich viele Formate der Beteiligung, von Runden Tischen bis hin zu den Bürgerräten (nach dem Zufallsverfahren ausgewählte Bürgerinnen und Bürger) bewährt<sup>45</sup>. Solche Formate können sowohl in Präsenz als auch digital durchgeführt werden, wenn sie entsprechend professionell betreut und moderiert werden<sup>46</sup>. Ein Wermutstropfen der Bürgerbeteiligung ist die mangelnde Teilnahme von Menschen mit niedrigem Bildungsniveau. Auch wenn sie bei den Zufallsverfahren ausgelost wurden, lehnen viele Menschen eine Teilnahme ab, unter anderem, weil sie sich nicht kompetent genug fühlen oder weil sie im Verlauf ihres Lebens den Glauben an die Wirksamkeit ihres Handelns verloren haben. Inzwischen gibt es aber auch schon neue partizipative Prozessdesigns und Formate, die sich auch bei diesen Bevölkerungsgruppen Anklang finden. Als aussichtsreich erscheint auch die Bemühung, Personen, die sich für eine Teilnahme entschieden haben, als Botschafter und Botschafterinnen des Beteiligungsprozesse bei den noch zögernden Personen zu gewinnen. Oft können Bedenken ausgeräumt oder Barrieren überwunden werden, wenn die Kontaktaufnahme und -pflege von Mitbürgern und Mitbürgerinnen ausgeht.

Häufig fehlen den ausgewählten Bürgerinnen und Bürger auch die nötigen Ressourcen (wie existentielle Probleme, fehlende finanzielle Mittel, fehlende Internetanbindung, fehlender ÖPNV, Zeit), um am politischen Leben aktiv teilzunehmen. Dies betrifft insbesondere auch die politische Teilhabe der jungen Generation. Inzwischen gibt es besondere partizipative Verfahren wie speziell zusammengesetzte Fokusgruppen oder Bürger- und Bürgerinnenforen, die ganz bewusst Personen aus niedrigen Bildungs- oder Einkommensgruppen ansprechen<sup>47</sup>. Wichtig ist dabei, dass bei politischen Vorhaben mehrere Formate gemeinsam genutzt und miteinander verbunden werden.

### **Empfehlungen:**

- a) *Lebensbedingungen vor allem im ländlichen Raum verbessern und angleichen:* Hier ist vor allem der Ausbau digitaler Dienstleistungen zu nennen (zusätzlich zu den schon angeführten basalen Dienstleistungen wie öffentlicher Nahverkehr, wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, regionale Freizeitangebote und ausreichende ärztliche Versorgung). Auch wenn diese Aufgabe schon seit Jahren als Schwerpunkt in der Landespolitik verankert ist, fehlt es immer noch am ausreichenden Ausbau der Mobilfunk- und Glasfaser-Netze und der Bereitstellung von Internet-

<sup>43</sup> [Energiewendebarometer zeigt Betroffenheit in Brandenburg - IHK Ostbrandenburg](#)

<sup>44</sup> Paust, A. (2019). Neue Chancen für Kommunalpolitiker: Bürgerbeteiligung initiieren, konzipieren, kontrollieren. *Kursbuch Bürgerbeteiligung*, S. 88-98.

<sup>45</sup> Vetter, A. (2022). Regieren und dialogische Bürgerbeteiligung. In: Korte, KR., Florack, M. (eds) *Handbuch Regierungsforschung*. Springer VS, Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-30071-5\\_48](https://doi.org/10.1007/978-3-658-30071-5_48)

<sup>46</sup> Eith, U. und Schärdel, J. (2023). Keineswegs nur ein Notnagel—Online-Beteiligungsprozesse mit Zufallsauswahl in Baden-Württemberg. In *Dialogische Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg* (pp. 83-96). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

<sup>47</sup> Renn, O. und Benighaus, C.; Bürgerbeteiligung- Konzepte, Methoden, Umsetzung. In: P. Patze-Dirodiyichuk und P. Renner (Hrsg.): *Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung. Moderationsphasen produktiv gestalten*. Band 4. München (Oekom 2019), S. 25-41

Dienstleistungen, die für alle Menschen barrierearm zugänglich sind. Auch beim Aufbau einer digitalen Verwaltung muss Brandenburg aktiver werden und für Land und Kommunen bessere Voraussetzungen für eine digitale Vereinfachung schaffen. Sind auf dem Land kurzfristig teurere Lösungen nötig, empfehlen wir ebenso kurzfristig diese entsprechend zu bezuschussen, auch für die Bürgerinnen und Bürger.

- b) *Stärkere Repräsentanz von Personen mit ostdeutschen Wurzeln in Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft:* Gerade in jüngster Zeit wird über die Dominanz westdeutscher Spitzenkräfte als Führungspersonal in der Wirtschaft und Politik Brandenburgs berichtet. Hier ist eine besondere Sensibilität erforderlich. Wir empfehlen der Landesregierung auf der einen Seite darauf zu achten, dass bei der Besetzung von Leitungspositionen mehr Bewerberinnen und Bewerber aus dem ostdeutschen Raum berücksichtigt werden und dass bei der Rekrutierung von Spitzenkräften in den vom Land kontrollierten Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstituten die Verbundenheit mit dem Land Brandenburg auch ein Kriterium ist. Auf der anderen Seite gilt es viele Jahre nach dem Jahr 1989 anzuerkennen, dass jüngere Führungskräfte in einem vereinten Deutschland aufgewachsen sind und es begrüßenswert ist, wenn sich Menschen aus allen Bundesländern und aller Welt für ein berufliches Engagement in Brandenburg interessieren. Die Personalauswahl sollte auch genutzt werden, um den Dialog hin zu mehr Verständnis, Diversität und Vielfalt zu fördern. Das bezieht sich unter anderem auf Geschlecht und geschlechtliche Identitäten, Gruppenzugehörigkeit, Migrations- und Fluchtgeschichte oder Religion.
- c) *Neue innovative Formen der Teilhabe der Bürgerschaft an Veränderungen der wirtschaftlichen Infrastruktur initiieren und fördern:* Vor allem beim Ausbau erneuerbarer Energien oder der Umsetzung von Kreislaufstrategien haben sich Formen der finanziellen Teilhabe der Anwohner und Anwohnerinnen an den Erlösen bewährt, um eine zustimmende Haltung bis hin zu einer persönlichen Identifikation mit den Planungsvorhaben herbeizuführen<sup>48</sup>. Auch ein verbilligter Bezug von Produkten oder Dienstleistungen kann die Identifikation mit der Planung und Umsetzung dieser Vorhaben verbessern. Zusätzlich können kommunale Gemeinschaftsaufgaben mit den Erlösen aus Anlagen und Einrichtungen für erneuerbare Energien unterstützt werden.
- d) *Mehr Chancen für direkte Bürgerbeteiligung vorsehen, die Menschen eine Chance geben, sich aktiv und kreativ für Gemeinschaftsaufgaben und kulturelle Entfaltung einzusetzen:* Ein grundlegendes Dilemma nachhaltiger Entwicklung besteht darin, die erforderliche Schnelligkeit von Entscheidungen vor allem beim Klimaschutz in Einklang mit demokratischen partizipativen Prozessen zu bringen. Dafür sind besser strukturierte Beteiligungsverfahren und -formate notwendig. Eine gute Bürgerbeteiligung stelle die Brücke zwischen Beschleunigung und der Wahrung von demokratischen Prozessen dar. Zentral ist dabei, die Verbindung verschiedener Akteursgruppen aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und der nicht-organisierten Bürgerschaft zusammenzubringen und Transformationen in einem Gemeinschaftswerk zu befördern. Hier kann die Landesregierung gemeinsam mit den einschlägigen Forschungsinstitutionen in Brandenburg neue Modelle für die Kommunen vorschlagen und fördern sowie auf Landesebene eigene Formate umsetzen und in die politische Entscheidungsfindung integrieren. Die Landesregierung könnte dabei eine Vorreiterrolle für erweiterte Beteiligungsstrukturen übernehmen, um die Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen zu fördern. Dazu können die beiden Formate „Runde Tische für organisierte Stakeholder“ und „Bürgerräte mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger“ gut kombiniert werden. Eine intensive Beteiligung der Menschen am Kulturleben sowie eine aktive Mitbestimmung in den Betrieben können als Lernorte für Demokratie, Vielfalt und Toleranz wichtige Impulse für die politische Kultur im Lande ausstrahlen.
- e) Eine besondere Herausforderung für die Landesregierung ist der Zugang zu Personen, die sich weitgehend der Kommunikation mit öffentlichen Institutionen entziehen, die aufgrund ihres sozio-ökonomischen Status oder ihrer Bildungsferne schwer zu erreichen sind oder die aus

---

<sup>48</sup> Schmidt, B. (2022): «Politikinstrumente zur Förderung der Bürger-Energiewende» Erfahrungen aus fünf Europäischen Ländern und Vorschläge für die Schweiz. SES Energiestiftung: Zürich, [20210825 SES-Studie Bürgerenergiewende Schmid \(energiestiftung.ch\)](https://www.energiestiftung.ch/20210825-SES-Studie-Bürgerenergiewende-Schmid)

ideologischen Gründen oder aus biographischen Verletzungen heraus den Dialog verweigern. Kommunikation lässt sich nicht erzwingen. Allerdings könnten spezielle Formate zur Teilhabe eingesetzt werden, die spezifisch auf diese Personengruppen zugeschnitten sind. Das Format der „Fokusgruppen“ könnte dafür ein gutes Beispiel sein. Als Mitglieder einer solchen Fokusgruppe würden ausschließlich Personen aus dem Kreis der hier beschriebenen marginalisierten Gruppen angesprochen, so dass sie sich in einem homogenen Umfeld bewegen können. In einem gerade laufenden EU-Projekt, das federführend von dem Potsdamer Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS) durchgeführt wird, werden Fokusgruppen zur Mitwirkung marginalisierter Gruppen europaweit durchgeführt und evaluiert<sup>49</sup>. Die bisherigen Ergebnisse scheinen zu bestätigen, dass solche homogen zusammengesetzten Gruppen für die angesprochenen Personen attraktiver sind als etwa Zufallsauswahlverfahren (Bürgerräte oder Bürgerforen) oder Gemeindevollversammlungen. Als zusätzliche Ermutigung für solche Initiativen kommt hinzu, dass in einer Panel-Untersuchung zur sozialen Nachhaltigkeit der Wunsch nach politischer Teilhabe in den unteren Einkommensschichten im Jahre 2023 zum ersten Mal ausgeprägter ausgefallen ist als in der Gruppe der Bildungsbürger und -bürgerinnen<sup>50</sup>. Jedoch zeigt die Erfahrung, dass die unteren Einkommensschichten und bspw. Menschen mit Unterstützungsbedarf bzw. aufgrund einer körperlichen oder seelischen Beeinträchtigung bislang bei Beteiligungs- und Teilhabeprojekten weit unterrepräsentiert sind. Hier ist eine auf diverse Zielgruppen angepasste Konzeption der Beteiligungsformate zu entwickeln und entsprechend zu fördern.

- f) *Vernetzungen um Nachhaltigkeit weiter fördern und Nachhaltigkeit als Chance in der Kommunikation und im politischen Diskurs verankern:* Für eine aktive, diversitätsbewusste politische Kultur ist es notwendig, die Initiativen im Lande, die sich für Nachhaltigkeit in allen ihren Dimensionen einsetzen, miteinander zu vernetzen, zu fördern und zu unterstützen. Die Plattform Nachhaltigkeit ist dafür schon ein geeignetes, wenn auch spezifisches Instrument. Sie sollte noch durch Förderung auf regionaler und kommunaler Ebene ergänzt werden. Akteure wie RENN-Mitte, BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung), das Jugendforum Nachhaltigkeit, der Dachverband der Kinder- und Jugendgremien (DKJB), die Kinder- und Jugendhilfe Landesrat (KJLR), die Migrantenbeiräte u.a.m. sind bereits aktive Mitwirkende an einer demokratie- und sozialverträglichen Transformation zur Nachhaltigkeit und sollten finanziell wie strukturell in ihren Anliegen von der Landesregierung unterstützt werden. Des Weiteren gibt es eine Reihe von Akteuren in Brandenburg, die ebenfalls das Wissen von Expertinnen und Experten sowie Betroffenen bezogen auf die Themen soziale Teilhabe und soziale Gerechtigkeit bündeln und zur Interessensvertretung geeignet sind. Diese könne und sollten für die Beurteilung von Maßnahmen der Landesregierung wie die Landesnachhaltigkeitsstrategie und die Strategien einzelner Ministerien zu Rate gezogen werden. Beispielhaft zu nennen sind hier der Landes- Kinder- und Jugendausschuss sowie die LIGA Brandenburg der großen Wohlfahrtsverbände.
- g) *Ernstnehmen der Rückmeldungen der jungen Generation und ihrer Interessenvertretung durch zum Beispiel den Landesjugendring Brandenburg:* Dieser wurde 1990 als Arbeitsgemeinschaft der landesweit tätigen Jugendverbände sowie Stadt- und Kreisjugendringe gegründet. Er vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und engagiert sich in Fragen der Jugendpolitik und demokratischen Bildung sowie der Lebenssituation junger Menschen in Brandenburg. Alle Forderungen des Landesjugendrings generieren sich aus den Beobachtungen und Diskussionen in den Kinder- und Jugendgruppen vor Ort. Problemanzeigen kommen deshalb dem Ist-Stand sehr nah und die Vorschläge und Forderungen an die Landesregierung sind wichtig für ein förderliches Aufwachsen, die Teilhabemöglichkeiten von jungen Menschen und eine demokratisch-geprägte Zukunft in Brandenburg<sup>51</sup>.

---

<sup>49</sup> <https://www.rifs-potsdam.de/de/forschung/real-deal>

<sup>50</sup> Wolf, I., Ebersbach, B., & Huttarsch, J.-H. (2023). Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende 2023: Was die Menschen in Deutschland bewegt - Ergebnisse einer Panelstudie zu den Themen Energie und Verkehr. Potsdam: Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

<sup>51</sup> Beschlüsse 2022: // Die Brandenburger Jugendverbände stehen an der Seite der Ukraine und an der Seite der Geflüchteten aus der Ukraine

## 5. Gesundheit und Wohlbefinden

### *Ausgangslage:*

Das Ziel einer medizinischen Versorgung im Krankheitsfall sowie eines ausreichenden Angebotes im Bereich der Prävention und Rehabilitation ist ein zentrales Thema der sozialen Nachhaltigkeit. Gleichzeitig ist die Erfassung der Qualität des Gesundheitswesens eine komplexe Aufgabe, die kaum in wenigen Indikatoren adäquat erfasst werden kann. Ein wichtiger Leitindikator ist die Lebenserwartung in Brandenburg verglichen mit anderen Bundesländern oder im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt. Vor allem bei Männern zeigt sich eine deutliche Diskrepanz in der durchschnittlichen Lebenserwartung zwischen Brandenburg und dem Bundesdurchschnitt. Sie liegt in Brandenburg bei 77,49 Jahren, in Berlin bei 78,3 Jahren und im Bundesschnitt bei 78,54 Jahren<sup>52</sup>. Ein Jahr Unterschied ist ein wichtiges Alarmsignal für die Gesundheitspolitik. Noch dramatischer sieht es aus, wenn die vorzeitige Sterblichkeit bei Männern betrachtet wird. Im Bundesdurchschnitt sterben 27,4 Männer von 10.000 vor Erreichung des 65. Lebensjahrs, in Brandenburg sind es 36,1<sup>53</sup>. Bei Frauen ist die Lebenserwartung in Brandenburg höher als der Bundesdurchschnitt. Viele Ursachen kommen zur Erklärung dieser Diskrepanz infrage. Davon können nur einige von der Landespolitik direkt oder indirekt beeinflusst werden. Zum einen können Lebensstil und Ernährung wichtige Faktoren vor allem für Männer, aber auch für Frauen sein, auf die Politik und Zivilgesellschaft durch mehr Aufklärung, präventive Gesundheitsangebote und Gemeinschaftsinitiativen für Sport und Bewegung einwirken können. Zum anderen können negative Umwelteinflüsse wie Luftverschmutzung, Lärmbelästigung und Stress die Lebenserwartung von Männern und Frauen verkürzen. Diese Einflussfaktoren können durch eine entsprechende Umweltpolitik und Präventionsmaßnahmen bspw. am Arbeitsplatz begrenzt werden. Schließlich ist auch die medizinische Versorgung ein wesentlicher Faktor. Gerade hier zeigt sich für Brandenburg noch ein hoher Bedarf an über alle Regionen verfügbare Gesundheitsdienstleistungen. So resümiert Bettina Baumgart in einem Artikel zur Lage der Gesundheitsversorgung in Brandenburg<sup>54</sup>:

*„In Brandenburg wird es vor allem in den berlinfernen Regionen zunehmend schwerer, freiwerdende Arztstellen wieder zu besetzen. Die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften im Gesundheitswesen wächst. Die künftige Sicherstellung der flächendeckenden medizinischen Versorgung einer älter werdenden und zahlenmäßig abnehmenden Bevölkerung kann nur mithilfe von gemeinsamen Aktivitäten aller Beteiligten im gegliederten System der medizinischen Versorgung und unter Einbeziehung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen gelingen.“*

Eine besondere Herausforderung für Brandenburg ergab sich durch die COVID-19 Pandemie. Die Ergebnisse der COPSY-Studie<sup>55</sup> zeigen für das Land Brandenburg: Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das seelische Wohlbefinden insbesondere von Kindern und Jugendlichen im Land Brandenburg hingen stark von dem sozialen Umfeld ab. Brandenburger Kinder und Jugendliche aus sozial angespannten Verhältnissen etwa durch ein niedriges Bildungsniveau, Migrationshintergrund oder eine beengte Wohnsituation erwiesen sich als besonders gefährdet. Für Familien mit „kleinem Geldbeutel“ war es durch die Pandemie schwierig, gute Gesundheits- und Bildungsbedingungen für Kinder sicherzustellen.

Fast jedes dritte befragte Kind bzw. Person im Jugendalter berichtete, unter psychischen Problemen gelitten zu haben. 36,9% der befragten Kinder und Jugendlichen zeigten Anzeichen einer generalisierten

---

// Jugend(verbands)arbeit in Brandenburg inklusiver gestalten

// Kinder und Jugendliche in der Krise! Lebensqualität und eine gute Zukunft durch Erhöhungen im Landesjugendplan

// Psychosoziale Gesundheit von jungen Menschen in Brandenburg stärken

// Selbstbestimmte Fortbewegung für junge Menschen in Brandenburg ermöglichen

// Selbstbestimmte Wohn- und Lebenssituationen für junge Menschen in Brandenburg schaffen

// Welche Menge an Treibhausgasen wird Brandenburg insgesamt noch ausstoßen? Der Klimaplan muss eine Antwort liefern!

<sup>52</sup> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Tabellen/lebenserwartung-bundeslaender-maennlich.html>

<sup>53</sup> <https://www.lag21.de/files/default/pdf/Portal%20Nachhaltigkeit/land/portal-n-uberarbeitung/bb-2016-bestandsaufnahme-indikatoren.pdf>

<sup>54</sup> Baumgardt, B. (2012). Die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in einem Flächenland – Erfahrungen aus Brandenburg. *Gesundheits- Und Sozialpolitik*, 66(6), 20–26. <https://www.jstor.org/stable/26767215>

<sup>55</sup> Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (2022):

<https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/presse/pressemitteilungen/detail/~23-03-2022-ergebnisse-der-copsy-studie-brandenburg>

Angststörung (vgl. Bund: 26,8%). 19,4% - ungefähr jedes fünfte der befragten Kinder und Jugendlichen wiesen Anzeichen für eine depressive Symptomatik auf (vgl. Bund 11,1%). Die Risikogruppe (Kinder und Jugendliche mit Eltern, die einen niedrigen Bildungsabschluss besitzen, mit einem Migrationshintergrund und die auf beengtem Raum leben) hatte ein höheres Risiko für eine niedrige gesundheitsbezogene Lebensqualität<sup>56</sup>.

Auch nach Abflauen der Corona-Krise sind die psychischen Belastungen durch den Ukraine-Krieg, die Energiekrise, den fortschreitenden Klimawandel und die Preissteigerungen nicht weniger geworden. Der Sozialforscher Christoph Butterwege vermutet, dass unsere Gesellschaft zunehmend durch Zukunftsangst geprägt werde<sup>57</sup>. Viele Menschen leiden unter Angst und Unsicherheit. Sie fragten sich, wie lange der Ukraine-Krieg andauert und wie sehr sie von der Energiekrise und den Preissteigerungen betroffen sein werden. Laut einer Langzeitstudie des MDR Aktuell<sup>58</sup> rückt derzeit die Sorge um das Geld deutlich in den Vordergrund. Fast 70 % der Befragten befürchten demnach weitere Preissteigerungen. Rund 67 % der Befragten gaben an, sich am meisten vor höheren Preisen zu fürchten. Wenn die Bruttowarmmiete die Hälfte oder mehr des Einkommens aufzehrt, wie es viele Menschen in der Untersuchung von Butterwege angegeben haben, dann wird es für den restlichen Lebensunterhalt knapp und es bleibt nichts mehr zum Sparen<sup>59</sup>. Zukunftspessimismus und existentielle Ängste beeinträchtigen die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen in Brandenburg. Auch hier erwarten die Menschen zu Recht, dass durch die politischen Vertreterinnen und Vertreter und die öffentlichen Institutionen auch die Themen Prävention, medizinische Versorgung und Rehabilitation für alle Bevölkerungsgruppen sichergestellt und barrierearm zugänglich gemacht werden.

Viele weitere Aspekte der Gesundheitspolitik wie etwa die Frage der Versorgungsstruktur, die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Gesundheitsversorgung in der Fläche und die Gewährleistung von gesundheitlichen Dienstleistungen für alle Teile der Bevölkerung unabhängig von Einkommen, Bildung oder Wohnort können hier nicht weiter behandelt werden. Dies würde aber den Rahmen dieses Policy Papiers sprengen.

### **Empfehlungen**

- a) *Mehr Gewicht auf Gesundheitsprävention und -aufklärung setzen:* Das Land sollte gemeinsam mit den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Gruppen Programme zur gesunden Lebensführung, für sportliche Ausgleichsmaßnahmen, für Selbsthilfegruppen und für Maßnahmen zur Stressbewältigung ins Leben rufen oder bestehende Programme und Initiativen stärker unterstützen. Rauchen, Alkoholkonsum, ungesundes Essen und Bewegungsmangel sind die wesentlichen Risikofaktoren für Gesundheit und Lebenserwartung im Bereich der eigenen Lebensführung<sup>60</sup>. Es braucht einen Zugang zu Angeboten der Gesundheitsprävention, einschließlich Aufklärung über ungesunde Lebensweisen, vor Ort und für alle Altersgruppen. Dazu gibt es bereits Initiativen und weiterführende Vorschläge wie z.B. die Ernährungsstrategie des Landesministeriums für Soziales, Gesundheit Integration und Verbraucherschutz (MSGIV).
- b) *Gesundheitlichen Umweltschutz stärker ins Visier nehmen:* Bei der Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen und auch bei der Konzipierung von Strukturmaßnahmen, etwa bei der Ausweisung von Gewerbegebieten oder bei Landnutzung mit erwartbar hohen Umweltbeeinträchtigungen, muss auf die gesundheitlichen Auswirkungen geachtet und notfalls gegengesteuert werden.
- c) *Auswege aus dem Zukunftspessimismus aufzeigen:* Politik kann nur sehr indirekt die Einstellungen und Erwartungen der Bürger und Bürgerinnen beeinflussen. Es ist dringend notwendig, dass die politisch Verantwortlichen im Lande und die öffentlichen Einrichtungen ein deutliches und überzeugendes Narrativ vermitteln, das eine nachvollziehbare und glaubwürdige Perspektive zur Bewältigung der Herausforderungen

---

<sup>56</sup> Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (2022): <https://msgiv.brandenburg.de/msgiv/de/presse/pressemitteilungen/detail/~23-03-2022-ergebnisse-der-copsy-studie-brandenburg>

<sup>57</sup> [Butterwege: Angst vor Armut erreicht Mittelschicht | MDR.DE](#)

<sup>58</sup> [Studie: Steigende Preise sind größte Angst der Deutschen | MDR.DE](#)

<sup>59</sup> [Butterwege: Angst vor Armut erreicht Mittelschicht | MDR.DE](#)

<sup>60</sup> Renn, O. (2014): Das Risikoparadox. Warum wir uns vor dem Falschen fürchten. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch

und Probleme in Zukunft aufzeigt. Zudem können ganz im Sinne der weiter oben beschriebenen Mitwirkung an der politischen Willensbildung Runde Tische und Bürgerräte ins Leben gerufen werden, die eine gemeinsame getragene Perspektive für Brandenburg für die Zukunft entwerfen und an die politischen Gremien zurückspeiegeln. Je mehr Menschen aktiv an der Zukunftsgestaltung beteiligt sind, desto mehr werden deren Ideen für eine positive Zukunftsgestaltung einbezogen und desto mehr wird die Mitwirkung am politischen Geschehen gefördert.

## 6. Fazit

Die Umsetzung der sozialen Komponente der Nachhaltigkeit ist häufig gegenüber der ökologischen oder wirtschaftlichen Nachhaltigkeit bei öffentlichen Debatten in den Hintergrund getreten. Oft wird damit nur die Schaffung der notwendigen Akzeptanz für notwendige Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz gemeint.

Soziale Nachhaltigkeit umfasst vielmehr: es geht um die sozialen und kulturellen Voraussetzungen für ein dauerhaft friedliches und gerechtes Miteinander-Leben im Rahmen einer Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, die für alle eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und eine den Umständen angepasste hohe Lebensqualität ermöglicht. Diese Ziele sind nur dann realistisch zu erreichen, wenn sie als Querschnittsaufgabe für alle Ministerien und Behörden verbindlich verankert sind und wenn in dieser Frage alle der Nachhaltigkeit verpflichteten Kräfte aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Probleme und Herausforderungen identifizieren und mutig Lösungsräume für die legalen Entscheidungsinstanzen entwerfen - auch gegen Blockaden.

Die Empfehlungen des Policy Briefs lassen sich in den folgenden Grundsätzen noch einmal zusammenfassen:

- a) Für das Land Brandenburg muss die Transformationspolitik als Querschnittsaufgabe aller Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft angegangen werden, indem Kriterien der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit integriert werden. Transformationspolitik darf sich nicht auf Sonntagsreden beschränken, sondern muss konkrete Maßnahmen und Projekte entwickeln, fördern und bei Bewährung flächendeckend umsetzen. Dabei können die bisherigen Erfahrungen aus vielen Initiativen, die sich bereits in der Lausitz und anderen Regionen bewährt haben, auf andere Regionen übertragen werden.
- b) Soziale Nachhaltigkeit kann vor allem an vier Zielsetzungen gemessen werden: (i) Fairness und soziale Gerechtigkeit; (ii) Sozialer Zusammenhalt und Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen (iii) soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe und Partizipation sowie (iv) Gesundheit und Wohlbefinden. Diese vier Zielsetzungen sind eng miteinander verflochten und bedingen sich zum Teil gegenseitig. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die bei den Empfehlungen angesprochen wurden, die über alle vier Zielgrößen positive Veränderungen auslösen können, wie etwa die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Willensbindung durch neue Formate der Beteiligung.
- c) Soziale Nachhaltigkeit kann im Zielkonflikt mit anderen Zielen der Nachhaltigkeit stehen, diese Zielkonflikte müssen benannt und konstruktiv bearbeitet werden. Nachhaltigkeit ist ein demokratischer Prozess. Wenn es Veränderungen gibt, müssen die Menschen aller Generationen und gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit haben, sie mitgestalten zu können und sie zu verstehen, um sie später mittragen zu können. Menschen sollen nicht nur über fertige Konzepte abstimmen, sondern von Anfang an bei der Konzeptentwicklung in einer sie ansprechenden und ihnen angemessenen Form beteiligt werden. Widersprüche und Konflikte sollen wahrgenommen und anerkannt werden, bevor eine gemeinsame Lösung gesucht wird. Auf Dialog und Deliberation ausgerichtete Bürgerbeteiligungsformate haben sich inzwischen in der Praxis bewährt,

um organisierten Gruppen (Stakeholder) und der „stillen“ Mehrheit Gehör zu verschaffen<sup>61</sup>.

- d) Eine proaktive Politik der Landesregierung zur Förderung von sozialer Nachhaltigkeit und generationsübergreifender Fairness im Umfeld der ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit ist essenziell. Das Vertrauen in die deutsche Regierung (Bundesebene) ist in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen immer noch verhältnismäßig hoch (70%). Nichtsdestotrotz haben die großen globalen Veränderungen - von der Bevölkerungsalterung über die Digitalisierung und die zunehmende Ungleichheit bis hin zum Klimawandel - zu einer tiefgreifenden Verunsicherung geführt, die bis heute anhält.

Um eine nachhaltige Entwicklung konsequent und zielführend zu verfolgen, braucht das Land eine integrative politische Steuerung. Diese benötigt eine ressort-übergreifende Strategie, um die Themen soziale Gerechtigkeit und Teilhabe sowie das Ziel einer hohen Lebensqualität für alle unter Anerkennung der planetaren Grenzen parallel anzugehen. Die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs müssen aktiv in die Zukunftsgestaltung einbezogen werden. Es ist wichtig, dass sich im Land Brandenburg eine auf den Werten der sozialen Nachhaltigkeitsziele basierende Kultur zum Umgang mit den Krisen und Herausforderungen der Gegenwart wie der Zukunft entwickelt und diese auch von den Regierungsverantwortlichen gelebt, kommuniziert und verfolgt wird.

---

<sup>61</sup> Vortrag von Frau Barbara Bosch Staatsrätin im Staatsministerium Baden-Württemberg Austauschtreffen der Ländernachhaltigkeitsbeiräte 16.05.2023



